



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Reform der Pflegeausbildung abgeschlossen

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe beschlossen. Der Bundestag hatte das entsprechende Gesetz bereits in der letzten Wahlperiode verabschiedet. Ab 2020 sollen Pflegeschülerinnen und -schüler zwei Jahre gemeinsam ausgebildet werden, ehe sie sich im dritten Ausbildungsjahr auf Kinderkrankenpflege oder Altenpflege spezialisieren können. Wahlweise kann die generalistische Ausbildung auch bis zum Abschluss fortgesetzt werden. Durch die Reform sollen die Pflegeberufe attraktiver werden. Dazu zählt auch, dass das mancherorts noch immer verlangte Schulgeld abgeschafft und eine Ausbildungsvergütung eingeführt wird. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn fasste dies knapp zusammen: „Sie sollen dafür Geld bekommen und auch noch Geld bezahlen.“

Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus bieten echte Wahlfreiheit für Familien

Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes nehmen immer mehr Familien die verschiedenen Formen des Elterngeldes in Anspruch nehmen. Vor allem das neue Elterngeld Plus mit dem Partnerschaftsbonus wird immer beliebter, bei dem Elternzeit und eine Teilzeitbeschäftigung kombiniert und dabei die Bezugszeit verlängert werden kann. Entscheiden Mütter und Väter sich, zeitgleich mit ihrem Partner in Teilzeit zu gehen erhalten sie mit dem Partnerschaftsbonus vier zusätzliche ElterngeldPlus-Monate. Damit kommen wir den Familien bei der Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe noch besser entgegen, weil sie mehr Zeit und Flexibilität bei der Gestaltung ihres Familienlebens haben. So sieht wirkliche Wahlfreiheit aus.

Notwendige Trendwende in der europäischen Geldpolitik

Angesichts der in der Eurozone verbesserten Konjunktur und der gestiegenen Inflation hat die Europäische Zentralbank (EZB) am heutigen Donnerstag das Ende ihrer billionenschweren Anleihenkäufe bekannt gegeben. Auf diese Nachricht haben wir lange gewartet. Die Konjunkturdaten der Eurozone und die Inflationsraten um 2 Prozent haben der EZB zunehmend die Grundlage für ihre Politik des billigen Geldes entzogen. Daher war es notwendig, den Ausstieg anzukündigen und ein allgemein verträgliches Programm einzuleiten. Das ist notwendig, weil ein abrupter Politikwechsel wirtschaftliche Verwerfungen hervorrufen könnte. Perspektivisch wäre es auch wichtig, über Zinsmaßnahmen nachzudenken. Nur dies schafft die notwendigen geldpolitischen Spielräume für konjunkturell schlechtere Zeiten.

Missbrauch des Abmahnrechts beenden

Die Koalitionsfraktionen fordern die Bundesregierung auf, schnell Maßnahmen gegen missbräuchliche Abmahnungen zu ergreifen, denn der Missbrauch des Abmahnrechts durch schwarze Schafe sorgt vor allem bei Selbstständigen, kleinen Unternehmen und Vereinen für Unsicherheit und Frust. Als Union wollen wir dem einen Riegel vorschieben, so wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Wir wollten bereits im Vorgriff auf eine umfassende Lösung in einem ersten Schritt missbräuchliche Abmahnungen in Bezug auf die neue Datenschutzgrundverordnung einschränken. Das ist leider an der SPD gescheitert. Nun besteht aber Einigkeit mit den Sozialdemokraten das Thema insgesamt anzugehen. Ein Gesetzentwurf hierzu soll bis zum 1. September vorgelegt werden.